

KOMMENTAR

Quo vadis, Fleischindustrie?

Wenn es nicht so traurig wäre, müsste man sich fast über Corona freuen. Endlich scheint es so, als würde die Politik die elenden Zustände in der Fleischindustrie zur Kenntnis nehmen und sogar Konsequenzen ziehen. Dafür mussten sich jedoch erst Hunderte von ausländischen Lohnsklaven mit dem Virus anstecken und in Lebensgefahr bringen.

Karin Gerding

Stellvertretende Vorsitzende GdP Zoll

Die Gewerkschaft der Polizei macht seit mindestens einem knappen Jahrzehnt auf die unzumutbaren Missstände von Ausbeutung und Sklaverei in der Fleischwirtschaft aufmerksam. Un-

zählige öffentliche Podiumsdiskussionen, Politikgespräche, Medienberichterstattungen, wissenschaftliche Ausarbeitungen und auch eine Vielzahl von Stellungnahmen der DGB-Partnergewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) haben die Koalitionäre der letzten Regierungen nicht wirklich bewegen können etwas zu tun. Sie vertrauten stattdessen den hohlen Versprechungen der Fleischbarone, deren einziges Ziel die Gewinnmaximierung war und ist.

Skandalöse Bedingungen

Dabei ist es offensichtlich – wenn man es sehen will: Aus Gewinngier wurde das Kerngeschäft aufgeteilt und an vorgebliche Werkvertragsunternehmen vergeben. Ziel war es, sich die billigen Arbeitskräfte aus dem Osten der EU zunutze zu machen und die skandalösen Arbeits- und Lebensbedingungen hinter undurchsichtigen Subunternehmerstrukturen zu verstecken. Damit wird es den Arbeiterinnen und Arbeitern in der Fleischindustrie unmöglich gemacht von den Tarifverträgen zu partizipieren und die Auftraggeber können sich vor jeder Verantwortung drücken.

Die von der GdP seit Jahren vorgetragenen Erkenntnisse aus unzähligen Kontrollen und Ermittlungsverfahren des Zolls und die Hilferufe aus Kirchen und Sozialverbänden verhallten immer wieder unbeachtet an den Pforten des Bundestags und der Bundesregierung. Erst seitdem die erbärmlichen Arbeits- und Unterkunftsbedingungen die Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 begünstigen, sich regelrechte Hotspots der Epidemie dort bilden und durch die Presseberichterstattung die Öffentlichkeit hellhörig wird, reibt man sich im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) erstaunt die Augen und wird wach. Jetzt legt Minister Hubertus Heil (SPD) in Windeseile ein Konzept zur Beendigung der Möglichkeit von Werkverträgen und Arbeitnehmerüberlassung in der Fleischindustrie vor.

Intensivierte Kontrollen nötig

Die neuen gesetzlichen Regelungen werden die erbärmliche Situation aber nur dann ändern, wenn die Politik auch gewillt ist, diese konsequent durchzusetzen. Dazu müssen die Kontrollen im Bereich des Arbeitsschutzes, des Tierschutzes und der Arbeitsbedingungen intensiviert werden und den Arbeitgebern muss aufgegeben werden, die zu den Kontrollen notwendigen Daten jederzeit fälschungssicher vor Ort zu erheben und vorzuhalten.

Zoll muss „fit“ gemacht werden

Der Zoll kann im Kampf gegen die moderne Sklaverei jedoch nur erfolgreich sein, wenn er zuvor „fit für die Zukunft“ gemacht worden ist. Dazu gehört, ihn so aufzustellen, dass er seinen polizeilichen Aufgaben gerecht werden kann, und ihm auch die technischen Mittel und Informationssysteme dafür an die Hand zu geben. Es braucht keine gebetsmühlenartigen Forderungen nach immer mehr Personal, sondern eine Reform der Struktur. Ermittler wissen, dass überhastete, pressewirksame Kontrollen zwar zu kurzzeitigem Blitzlichtgewitter führen, dass nachhaltiger Ermittlungserfolg aber leider Geduld und viel strategisch kluge Arbeit erfordert. Dies würde ich mir auch bei den Verantwortlichen für den Zoll wünschen. ■





„Zur Fortführung der Einstellungsoffensive müssen dringend nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet werden.“

Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei

AUS- UND FORTBILDUNG

Stärkung der Strukturen

Die Aus- und Fortbildung steht vor großen Herausforderungen. Bildlich gesprochen kleben wir Tag für Tag ein viel zu kleines Pflaster auf eine viel zu große Wunde. Daher fordert die GdP, längst überfällige Entscheidungen zu treffen sowie konsequente und nachhaltige Maßnahmen zur Konsolidierung einzuleiten.

Andreas Roßkopf und Frank Tappe

Mitglied des Vorstands GdP-Bezirk Bundespolizei/GdP-Direktionsgruppe Bundespolizeiakademie

Die Bundespolizeiakademie (BPOLAK) in Lübeck ist, mit ihren inzwischen vielfältigen und in ganz Deutschland dislozierten Einrichtungen, verantwortlich für die Aus- und Fortbildung in der Bundespolizei. Mit ihrem breiten Aufgabenspektrum sowie ausgeprägten Spezialisierungen, von der allgemeinen Polizeiausbildung bis hin zur Qualifizierung für die Bewältigung von terroristischen Lagen, ist sie ein wichtiger Baustein in der Sicherheitsarchitektur Deutschlands. Bereits diese Vielfalt macht die ohnehin schon großen Herausforderungen für das eingesetzte Personal in der Aus- und Fortbildung deutlich.

Folgen der Einstellungsoffensive

Hinzu kommt: Der Demografie und den daraus resultierenden erheblichen Ruhestandsdaten belegend, hat die Politik der Bundespolizei seit 2015 einen epochalen Zuwachs von bisher 14.500 zusätzlichen Stellen bis 2023 zugestanden. Mit dieser eingeleiteten Einstellungsoffensive wird eine zentrale GdP-Forderung zur Entlastung des eingesetzten Personals umgesetzt. Der damit verbundene geplante Stellenaufbau ist das einzig richtige Signal an die Sicherheitsarchitektur Deutschlands. Doch so wichtig und richtig diese Entwicklung für die Bundespolizei auch ist – sie bringt die gesamte Aus- und Fortbildungsorganisation immer mehr an den Rand des Machbaren. Im Klartext: Das Ausbildungsvolumen hat sich seit 2015, bei

stagnierender Fortbildung, verfünffacht. Aus einer temporären Einstellungsoffensive hat sich ein nachhaltiger Bedarf bis mindestens zum Jahr 2030 entwickelt. Die Organisation ist, gemessen an der Aufgabenstellung, jedoch nicht ausreichend mitgewachsen. Für uns als GdP ist klar: Zur Fortführung dieser wichtigen Einstellungsoffensive müssen jetzt dringend nachhaltige Maßnahmen zur Konsolidierung eingeleitet werden. Dies bedarf zeitnaher und konkreter Entscheidungen bezüglich der Ausbaugrößen der Dienststellen der Bundespolizeiakademie, des benötigten Fortbildungsvolumens von über 50.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie eines Endes der vielen befristeten Beschäftigungsverhältnisse in der BPOLAK.

E-Learning vs. Präsenzunterricht?

Als ob das nicht schon alles genug wäre, kommen die zusätzlichen Maßnahmen und Einschränkungen in Zusammenhang mit COVID-19 noch hinzu. Bildlich gesprochen kleben wir Tag für Tag ein viel zu kleines Pflaster auf eine viel zu große Wunde. Die zur Kompensation eingeleiteten Ad-hoc-Maßnahmen, wie zum Beispiel E-Learning, erreichen schnell ihre Grenzen. Die seit Jahren von der GdP geforderten, aber nicht getätigten Investitionen zum Ausbau von WLAN und digitalen Lernplattformen, die national und international konkurrenzfähig sind, (über)fordern zusätzlich und können nunmehr nur impro-

visiert abgebildet werden. Nach einer ersten Einschätzung sind jetzt E-Learning-Strukturen personell und materiell in einem überschaubaren Anteil in die AufF zu integrieren. Für die GdP steht jedoch der Präsenzunterricht/die Präsenzausbildung und hier in erster Linie die praktische Ausbildung im Vordergrund. Die zu Recht geforderte Betreuung, Sozialisierung, das Vorbereiten auf den Polizeialltag, um die Einsatzfähigkeit jedes Einzelnen herzustellen, kann man nur mit erfahrenerem Lehrpersonal vis-à-vis erreichen.

Personalentwicklung bleibt auf der Strecke

Die Personalentwicklung und die Erfüllung des PEK mit seinen Verwendungsbausteinen bleibt vollends auf der Strecke. Das eigene Personal wird in der Regel für unakömmlich erklärt. Die damit fehlenden Voraussetzungen schaffen zusätzlichen Frust bei (nicht möglichen) Bewerbungen auf lukrative Stellen. Dies bekommen zum Beispiel Polizeitrainer besonders zu spüren. Deren Qualifikation ist mehr als gefragt, jedoch ist sie in der Organisation nicht qualitativ und quantitativ ausreichend ausgebildet. Eine Anpassung des Personalentwicklungskonzeptes an die Lebenswirklichkeit der Aus- und Fortbildungsorganisation ist mehr als überfällig. So muss auch der „Übergangs“-Organisations- und Dienstpostenplan (ODP) schnell dem realen Bedarf angepasst werden. Eine weitere Auf-



stockung von qualifiziertem Lehr- und Rahmenpersonal ist dringend erforderlich. Die zunehmende personelle Unterdeckung betrifft inzwischen alle Bereiche der Bundespolizeiakademie, die Hochschule des Bundes mit ihrem Fachbereich Bundespolizei sowie alle Aus- und Fortbildungszentren. Wir sprechen inzwischen von bis zu 1.600 fehlenden Lehrpersonen und begleitendem Rahmenpersonal. Der Engpass führt dazu, dass bundesweit Personal aus den Dienststellen zur Unterstützung freigegeben wird, das dort ebenfalls zwingend benötigt wird. Dringend muss zudem die Attraktivität der Aus- und Fortbildungsorganisation durch die bessere Neubewertung von Dienstposten und Stellen im Vollzug und der Verwaltung gesteigert werden. Dazu gehören eine leistungsgerechte Besoldung/Vergütung für die Kolleginnen und Kollegen in der Aus- und Fortbildungsorganisation. Das Lehrpersonal wird zunehmend bei den Beförderungen gegenüber den Einsatzdirektionen abgehängt. Im Verwaltungsbereich ist eine Bezahlung auf dem Niveau heutiger Wettbewerber im Bund, den Ländern und Kommunen erforderlich. Der Tarifbereich ist durch zu niedrige Löhne nicht mehr wettbewerbs-

fähig und muss attraktiver gestaltet werden. In diesem Zusammenhang ist es ein wichtiges Anliegen: Die Zeit von befristeten Beschäftigungsverhältnissen muss endlich vorbei sein.

Fortbildungsbedarf decken

Gerne gerät dabei die Fortbildung völlig in den Hintergrund. Auch wenn die Ausbildung aktuell ihren absoluten Einsatz fordert, gilt es, bei den exorbitanten Einstellungszahlen einen erheblichen und steigenden Fortbildungsbedarf über die kommenden Jahrzehnte zu decken. Alle Investitionen in die Ausbildung müssen sich in den (künftigen) Fortbildungsstrukturen wiederfinden. Das heißt, alles, was jetzt für die Ausbildung benötigt wird, wird im Weiteren auch nachhaltig für den Fortbildungsstau und das dann erhöhte Fortbildungsvolumen gebraucht.

Liegenschaften modernisieren

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die Modernisierung und Anpassung der Bausub-

stanz der Liegenschaften. Hier besteht ein massiver Modernisierungsstau bei den Bestandsbauten, zum Beispiel im Bereich der Unterkunftswohnplätze, Büroarbeitsplätze, Trainingsstätten und Sozialräume. Diese bedürfen der Sanierung oder müssen neu errichtet werden. Der Aufbau nicht vorhandener Fortbildungsstätten, zum Beispiel für das Training bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen, ist endlich umzusetzen. Die Liegenschaften dürfen nicht weiterhin auf Verschleiß gefahren werden. Hier fordern wir als GdP-Bezirk Bundespolizei endlich zeitnahe politische Entscheidungen, Verbindlichkeiten und gestraffte Bauverfahren. Schnittstellen zu den Einsatzdirektionen gilt es intelligent zusammenzuführen, um Synergien zu schaffen.

Lage diktiert Handeln

Lage diktiert Handeln – so ein alter Führungsgrundsatz. Die GdP fordert jetzt, die Stärkung der Strukturen in der Aus- und Fortbildung konsequent und nachhaltig anzugehen und längst überfällige Entscheidungen zu treffen. ■



Die Arbeitsgruppe Auf des GdP-Bezirks Bundespolizei setzt sich regelmäßig zusammen, um Verbesserungen für die gesamte Aus- und Fortbildungsorganisation zu erarbeiten. Hier eine Zusammenkunft zu Beginn des Jahres noch vor den Corona-Beschränkungen. Von links: Andreas Roßkopf (Mitglied geschäftsführender Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei), Jan Best (GdP-Direktionsgruppe BPOLAK), Rüdiger Maas (stellv. Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei) und Frank Tappe (GdP-Direktionsgruppe BPOLAK).



„Wir als GdP sehen die Bundespolizei in einer besonderen Vorreiterrolle, Pflicht und Verantwortung.“

Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei



AUSBILDUNG IM TARIF

GdP fordert Ausbildungsinitiative

Der Ausbildungspakt von Bundesregierung, Wirtschaft und DGB-Gewerkschaften, der eine Ausbildungsleistung von jährlich 7 Prozent festschrieb, wurde im Jahr 2015 einseitig durch die Politik beendet. Vorgeschobener Grund: die schwindende Zahl an angehenden Auszubildenden wie auch die gute wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik.

Rüdiger Maas

Stellvertretender Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei

Dieser aus GdP-Sicht unverantwortlichen Ausbildungspolitik steht der viel zitierte demografische Wandel gegenüber. Dieser wurde bereits im Polizeivollzugsbereich der Bundespolizei völlig verschlafen. Noch heute kämpft die gesamte Organisation mit den Folgen dieser verspäteten Erkenntnis. Eine überdimensionale Einstellungsoffensive innerhalb von zehn Jahren war bzw. ist die Folge.

Durch die Realisierung der Sicherheitspakete und den daraus resultierenden Personalaufwuchs sind auch Hunderte Tarifstellen in neuen Dienststellen sowie zusätzliche befristete Stellen eingerichtet worden. An diesem Punkt ist es wichtig zu benennen, dass diese Stellen fast ausschließlich durch bundespolizeifremdes Personal vom „freien Arbeitsmarkt“ besetzt worden sind. Die ernüchternden Erkenntnisse aus dieser Vorgehensweise zeigen: Für die Zukunftsfähigkeit eines funktionierenden Tarifbereiches und somit der Organisation als Ganzes darf ein solcher Fehler keinesfalls wiederholt werden.

Dazu kommt: Auch die Corona-Pandemie wird noch vieles verändern. Die zum großen Teil noch bevorstehenden negativen wirtschaftlichen Auswirkungen werden in der Folge unweigerlich auch zu einem Einbruch des Ausbildungsmarktes führen.

Die Frage des „Eigenbedarfs“

Zurzeit bildet die Organisation für den sogenannten Eigenbedarf in folgenden Berufen aus: Elektroniker, Medizinische Fachangestellte, Kfz-Mechatroniker, Berufskraftfahrer, Verwaltungsfachangestellte, Fachinformatiker, Fluggeräteelektroniker, Koch, Schneider, Fachangestellte für Bäderbetriebe etc. Doch was ist der Eigenbedarf in den vorgenannten Berufsfeldern der Bundespolizei und wie wird dieser bestimmt?

In diesem Kontext stellt sich auch die Frage, ob die Ausgebildeten nach Absolvierung ihrer Ausbildung tatsächlich in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Dieses immer wieder gewerkschaftlich erkämpfte Anrecht ist durchaus nicht selbstverständlich. Und wie sieht es mit einer anschließenden Qualifizierungsmaßnahme aus? Wird – soweit möglich – auch die persönliche Lebensplanung der jungen Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt? Einige Absolventinnen und Absolventen verlassen die Bundespolizei, da es für sie an attraktiven Stellen mangelt.

Zu einer wirklich belastbaren Personalberechnung gehört aus unserer Sicht außerdem, wie viele Kolleginnen und Kollegen tatsächlich von Altersteilzeit- oder Vorruhestandsre-

gelungen Gebrauch machen. Wer geht zum Beispiel nach 45 Arbeitsjahren in den Ruhestand? Das würde zum Teil dazu führen, dass Arbeitnehmer bereits bis zu sieben Jahre früher in Rente gehen könnten. Wie die Lebenswirklichkeit beweist, würden überdurchschnittlich viele Kolleginnen und Kollegen dieses Renteninstrument nutzen.

Wie diese vielen Fragen belegen, ist der echte Eigenbedarf nicht belastbar zu definieren.

Bisher lässt sich festhalten, dass von den derzeit rund 6.000 Beschäftigten in den kommenden Jahren etwa 1.800 Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gehen werden. Dem gegenüber steht eine unserer Meinung nach bei Weitem nicht ausreichende aktuelle Ausbildungsquote von circa 1,3 Prozent jährlich. Für die Ausbildungsjahre 2017, 2018 und 2019 beziehen tatsächlich 243 Auszubildende ihre Ausbildungsvergütung vom Arbeitgeber Bundespolizei. Bilanzierend wird schnell deutlich, dass die jetzigen Zahlen nie und nimmer zur Erhaltung des Personalkörpers reichen werden.

Die vorgenannten Zahlen sind einer aktuellen Anfrage zur „Einstellung und Übernahme von Auszubildenden in der Verwaltung der Bundespolizei“ durch die Bundestagsfraktion Die Linke entnommen. Aktuelle Medienberichten zufolge, möchte die Bundesregierung Ausbildungsprämien beschließen, um einer „Augen-zu-und-weiter-so-Haltung“ entgegenzuwirken.

Wir als GdP sehen die Bundespolizei in einer besonderen Vorreiterrolle, Pflicht und Verantwortung – gerade als öffentlicher Arbeitgeber des Bundes- und fordern daher für den Tarifbereich:

- Start einer sofortigen Ausbildungs-offensive,
- zeitnahe Entfristung von Verträgen mit Ablaufdatum,
- Abschließen von befristeten Beschäftigungsverhältnissen nur noch mit juristisch nachvollziehbarem Sachgrund,
- Prüfung vermehrter Möglichkeiten zu perspektivischer Verbeamtung,
- Durchführung weiterer Qualifizierungsmaßnahmen. ■



SEMINAR

Aktiv im Alter – trotz Corona

Mitten in der Corona-Pandemie, vom 20. bis zum 24. Juli 2020, fand in der Akademie Frankenkarte in Würzburg ein Seminar rund um das Thema „Aktiv im Alter“ statt.

Joachim Cortmann



Leider konnten wegen Corona nur 14 Teilnehmer das Seminar besuchen. Auch wenn wir aufgrund der Sicherheits- und Hygiene-Maßnahmen einigen Einschränkungen unterlagen, war es eine absolut gelungene Veranstaltung.

Birgit Ladwig-Tils führte in ihrer bekannten, souveränen Art durch die vielfältigen Themenbereiche und brachte uns auf den aktuellen Sachstand. Viel Raum nahm dabei der Bereich in Anspruch, der uns Pensionäre und Rentner besonders interessierte.

Dieses war unter anderem: Welche Veränderungen hat die Regierung in der Renten-, Pensionär- und Gesundheitspolitik gemacht bzw. welche beabsichtigt sie umzusetzen?

Dass als Weiteres natürlich auch die allgemeine Welt- und Europapolitik ausführlich erörtert und beleuchtet wurde, versteht sich von selbst, weil auch die dortigen, politischen Entscheidungen konkret oder durch Umsetzung unserer Regierung auf unsere Interessen und Belange Einfluss nehmen.

Dieter Schneider, der als Vertreter des Seniorenvorstandes des GdP-Bezirks Bundespolizei das Seminar begleitete, entlastete uns Teilnehmer nicht nur von organisatorischen Aufgaben, sondern brachte uns auch Vorhaben und Entwicklungen aus den GdP-Gremien nahe. Auch die Nutzung der Beihilfe-, aber auch der Corona-App wurde thematisiert.

Betrübt, letztlich aber auch erleichtert, haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die Akademie zwar in „finanziellen Schwierigkeiten“ befindet, vermutlich aber ihren Bildungsauftrag, wenn auch mit Veränderungen im „Immobilienbereich“, weiter durchführen kann. Hoffen wir, dass damit auch die Durchführung der durch die Gewerkschaft der Polizei angebotenen Seminare nicht gefährdet ist. Dieses hoffen wir natürlich nicht nur, weil dadurch die interessante Wissensvermittlung weiter erfolgen kann, sondern auch, weil damit der Kontakt zu den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, die man auf den Seminaren wieder antreffen kann, gewährleistet ist. Diese Kontakte beschränken sich dann nicht nur auf die den Seminarablauf positiv bereichernden Veranstaltungen auf dem Main und die interessanten Stadtführungen in Würzburg, sondern besonders auch auf den abendlichen Gedankenaustausch beim Verzehr „hemmungsabbauender“ Getränke.

Insofern werden alle Teilnehmer des Seminars nicht nur eine interessante Wissensweiterung, sondern auch – durch das Auffrischen alter oder Knüpfen neuer Kontakte – Verbindungen mit nach Hause nehmen.

Dieses dank unserer Gewerkschaft der Polizei, der auch unser Dank für die Durchführung des Seminars gebührt. ■

DEFIBRILLATOREN

Mithilfe einer App können Leben gerettet werden

Waltraud March

GdP-Fraktion im Bezirkspersonalrat

Ein Defibrillator kann Leben retten. Nicht ohne Grund rückt die Ausstattung von Institutionen, Büroräumen etc. mit Defibrillatoren immer mehr in den Fokus der Städte, Gemeinden und Unternehmen. So auch in der Bundespolizei. Aber woher weiß man im Notfall, wo sich der nächste Defibrillator befindet? Hier kann eine App helfen: Es gibt verschiedene Apps, wie zum Beispiel die DRK-App, in die sich Defibrillatortandorte eintragen lassen. So bekommen Nutzer der App alle angemeldeten Geräte angezeigt. Darüber hinaus bietet die DRK-App zusätzlich auch nützliche Anleitungen zur Ersten Hilfe.

Der Bezirkspersonalrat (BPR) versucht, eine solche App in die dienstliche Umgebung zu bringen. Bisherige Prüfungen blieben jedoch erfolglos. Dabei lässt sich mithilfe einer solchen App ein hoher Nutzen erzielen und zudem die Anschaffung vieler eigener Defibrillatoren einsparen. Dazu kommt der Aufwand für Wartung und Pflege der Geräte.

Natürlich fordern unsere Personalvertreter weiterhin die optimale Versorgung der Bundespolizeidienststellen mit Defibrillatoren. Doch solange die Bemühungen des BPR noch keine endgültig zufriedenstellenden Ergebnisse bringen, können wir unseren Kolleginnen und Kollegen nur empfehlen, sich die DRK-App oder eine vergleichbare auf das eigene Privatgerät zu laden. ■



Energy Drinks zum Neustart

Dennis Beuermann

GdP-Kreisgruppe Nord – Bezirksgruppe Zoll



Foto: GdP/Dennis Beuermann

Zum Neustart nach Corona hat die GdP-Kreisgruppe Nord – Ortsgruppe Hamburg – in den Sachgebieten C (Kontrollen) und E (Finanzkontrolle Schwarzarbeit) des Hauptzollamtes Hamburg Energydrinks gesponsert, die gerne und schnell angenommen wurden.

Eine rundum gelungene Aktion, die den Kolleginnen und Kollegen im Hauptzollamt eine Extraportion „Startenergie“ für den Wiederanfang im nach wie vor „anderen“ Alltag geliefert hat. ■

Aus den Kreis- und Direktionsgruppen

GdP-KREISGRUPPE FLUGDIENST

80. Geburtstag

Bettina Bernards

GdP-Kreisgruppe Flugdienst

Unsere Kollegin Marlene Lück feierte am 13. Juli 2020 ihren 80. Geburtstag. Stellvertretend für den Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Flugdienst, Harald Andrich, überbrachte Bettina Bernards die Glückwünsche und überreichte der Jubilarin ein Präsent der Kreisgruppe Flugdienst. Wir wünschen ihr noch viele glückliche und erfüllte Lebensjahre. ■



GdP-DIREKTIONSGRUPPE MITTELDEUTSCHLAND

Zu Gast beim GdP-Landesverband Sachsen-Anhalt

Etienne Frankenfeld

Vorsitzender GdP-Direktionsgruppe Mitteldeutschland

Am 13. Juli 2020 trafen sich Etienne Frankenfeld und Anna Maria Rühlmann von unserer GdP-Direktionsgruppe Mitteldeutschland in Magdeburg mit Uwe Bachmann, Angela Bauske und Martin Gaudig vom GdP-Landesverband Sachsen-Anhalt.

Getreu dem Motto „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ machten Anna Maria Rühlmann und Etienne Frankenfeld Ausführungen zu ihren Erfahrungen mit der generellen Briefwahl bei den Personalratswahlen in der Bundespolizei im Mai 2020 – von der Gesetzesänderung im Bundestag bis zu den prozentualen Ergebnissen in Corona-Zeiten. Es ist schwer, die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen mit den Zielen und Schwerpunkten der GdP zu erreichen, wenn eine ganze Behörde bzw. ein ganzes Land besonderen Schutzevorschriften unterliegt.

Weiterhin tauschte man sich auch rege über die zurzeit stattfindende Debatte über Rassismus und Polizeigewalt aus. Hier war man sich einig, dass so etwas in den eigenen

Reihen nicht zu tolerieren ist und schon immer gehandelt wurde. Die eine oder andere öffentliche Äußerung bekannter und unbekannter Politiker durch Presse und Funk ist hier unangebracht und reiner Populismus.

Das Gleiche gilt auch bei Gewalt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen sowie Einsatzkräfte von Feuerwehr, Rettungsdienst oder THW, die wir ebenfalls nicht tolerieren – hier ist mehr Rückhalt aus der Legislative nötig. Das sollte in einem demokratischen Rechtsstaat selbstverständlich sein.

Zum Schluss des rund dreistündigen Gesprächs war noch die Kooperationspartnerschaft des Landes mit der Bundespolizei in Sachsen-Anhalt ein wichtiges Thema. Die Bundespolizei – hier Inspektion Magdeburg – arbeitet mit der modernsten IT-Ausstattung, Software und der bestmöglichen Vernetzung der Systeme. Das möchten wir für unsere Landeskollegen ebenfalls – nach dem Motto: Bei einer Zusammenarbeit „muss der Stecker passen“. Etienne Frankenfeld sag-



Foto: GdP/Etienne Frankenfeld

te zu, zu prüfen, inwieweit bei der Bundespolizei eine Hospitation und ein Kennenlernen möglich sind, um ein Bild zu bekommen, was möglich sein kann.

Fest steht: Wir wollen auch in Zukunft eng und freundschaftlich zusammenarbeiten. So können unsere Behörden auch im Föderalismus viel voneinander lernen und profitieren. Auf diese Weise entsteht das Beste für unsere Kolleginnen und Kollegen – und damit entsteht das Maximale für unsere Sicherheit und Ordnung. ■



GdP-MITGLIED, POLIZEIOBERMEISTER UND MDL MECKLENBURG-VORPOMMERN

Nils Saemann verabschiedet

Dirk Stooß

Vorsitzender GdP-Direktionsgruppe Küste



Foto: ÖABPOLI/HRO

Ende Juni wurde Nils Saemann, GdP-Mitglied, Polizeiobermeister und Mitglied im Landtag in Mecklenburg-Vorpommern, im Rahmen einer kleiner Veranstaltung im Beisein von Kollegen der alten Dienstgruppe in den Räumen der BPOLI Rostock durch Präsident Kaping und POR Scheiner in den Ruhestand verabschiedet.

Auf Wunsch von Nils waren die stellvertretende Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Erika Krause-Schöne, und der Vor-

sitzende der Direktionsgruppe Küste, Dirk Stooß, auch bei der Veranstaltung anwesend. Beide dankten ihm für seine Treue zur Gewerkschaft, sein Engagement bei der Unterstützung, zum Beispiel bei der Einsatzbetreuung, und überreichten ihm ein Präsent.

Mitglied in der GdP wird Nils Saemann bleiben und MdL auch, also haben wir weiterhin einen Zugang in den politischen Raum. Danke und alles Gute, Nils, dein Unruhestand wird nun Realität werden. ■

GdP-GVP

Zuwächse bei Personalratswahlen 2020

GdP-Kreisgruppe
Güterverkehrspolizei

Die Arbeit der vergangenen Jahre hat sich gelohnt. Die Wahlergebnisse im Bundesamt für Güterverkehr sprechen für sich. In elf von zwölf Personalräten im Bundesamt ist die GdP-GVP vertreten. In neun stellt sie sogar den Vorsitz und/oder die Stellvertretung.

Im Gesamtpersonalrat konnten wir mit zwei Plätzen auf der Beamtenseite einziehen. Auf der Tarifseite konnten wir mit vier Plätzen das Ergebnis aus 2016 sogar verdoppeln. Nach den konstituierenden Sitzungen stand fest, Vorsitz und Vorstand bleiben fest in GdP-Hand. So gehören dem Vorstand des GPR drei GdPler an.

Die komplette Gesamt-, Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) wird von der GdP-GVP gestellt. Den Vorsitz der GJAV stellt die GdP somit seit 2008 mit zwei Jahren Unterbrechung.

Auf Ministeriumsebene ist die GdP ebenfalls gut vertreten. Im Hauptpersonalrat und bei der Haupt-, Jugend- und Auszubildendenvertretung beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur konnte die GdP-GVP jeweils einen Sitz verteidigen.

In der Haupt-, Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) beim BMVI sind wir mit einem Sitz im Vorstand gut aufgestellt.

Wir gratulieren allen gewählten GdP-Mitgliedern und wünschen viel Erfolg und Kraft für die Arbeit der kommenden Jahre. ■

Nachruf

Wir nehmen Abschied von unserem Kollegen

Detlef Kliebisch

der im Alter von 62 Jahren plötzlich und unerwartet verstarb.

Wir trauern um einen anerkannten Kollegen, der zu seiner aktiven Zeit seinen Dienst in der Bundespolizeieinspektion V am Frankfurter Flughafen versah.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen und wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Martin Schmitt für die GdP-Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt am Main



GEDENKVERANSTALTUNG FÜR ALBERT JACOB IN ZWICKAU

Opfer dem Vergessen entreißen

Am 17. Juli vor 76 Jahren wurde der Gewerkschafter Albert Jacob von der NS-Justiz hingerichtet. Die GdP-Kreisgruppe Chemnitz hat daher am 17. Juli 2020 eine Gedenkveranstaltung an der Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus (OdF) am Zwickauer Schwanenteich veranstaltet – zugleich Grabstätte von Albert Jacob und über 320 weiteren Opfern des NS-Regimes.

Jörg Günther

Vorsitzender GdP-Kreisgruppe Chemnitz

Jörg Günther, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Chemnitz, begrüßte zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die Oberbürgermeisterin von Zwickau, Dr. Pia Findeiß, sowie Vertreter des Stadtrates, Kolleginnen

und Kollegen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des GdP-Landesbezirks Sachsens. Durch die öffentliche Ankündigung war auch das Interesse verschiedener Medien geweckt worden, was die Organisatoren freute.



Fotos: GdP-Kreisgruppe Chemnitz



Zum Werdegang und zu einzelnen Lebensabschnitten Albert Jacobs hielt Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, einen beeindruckenden Vortrag. Die Anwesenden hingen ihm förmlich an den Lippen. In akribischer Arbeit hatte er in der Lebensgeschichte von Albert Jacob recherchiert und eine umfassende Broschüre erstellt. Diese gibt es auf unserer Homepage www.gdp-bundespolizei.de.

Zum Abschluss seines Vortrags äußerte er noch einige Wünsche. Zwei davon waren: „Ich wünsche mir, dass am ehemaligen Wohnhaus der Familie in der Schlachthofstraße 15 irgendwie an Albert Jacob erinnert wird“ und „dass die Broschüre im Rahmen der staatspolitischen und erinnerungspolitischen Bildung in den Schulen diskutiert wird“.

Oberbürgermeisterin Dr. Pia Findeiß zeigte sich anschließend sehr beeindruckt und bedankte sich für das Engagement der Gewerkschaft der Polizei. Die von Sven Hüber geäußerten Wünsche wolle sie in der Stadt und im Stadtrat diskutieren.

Zum Abschluss der Gedenkveranstaltung wurde ein Blumengesteck niedergelegt und alle Anwesenden hielten nochmals zum Gedenken inne.

Die GdP-Kreisgruppe Chemnitz bedankt sich für die Unterstützung der Stadt Zwickau und aller Beteiligten und Teilnehmer. ■

DP – Deutsche Polizei
Bundespolizei

Geschäftsstelle
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
Telefax (0211) 7104-555
www.gdp-bundespolizei.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
Telefax (0211) 7104-555
info@gdp-bundespolizei.de
Saskia Galante
Telefon (0211) 7104-514
galante@gdp-bundespolizei.de

Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität aller Inhalte trotz sorgfältiger Prüfung ohne Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel gekürzt und redigiert zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen in der Verantwortung des Autors. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise, nur mit expliziter Genehmigung.